



Forschungsschwerpunkt 2
*Gewaltdynamiken
und Sicherheitskooperation*

**Reader zum Workshop:
„Sicherheit unter dem Vorzeichen prekärer Staatlichkeit.
Gibt es Alternativen zum staatlichen Gewaltmonopol?“**

14.07.2006
9.00h – 17.00h

GIGA Institut für Iberoamerika-Kunde
Alsterglaciis 8
20354 Hamburg
Telefon: +49 (0)40 – 414782-01
Fax: +49 (0)40 - 414782-41

„Sicherheit unter dem Vorzeichen prekärer Staatlichkeit? Gibt es Alternativen zum staatlichen Gewaltmonopol?“ (eintägiger Workshop, finanziert von der Deutschen Stiftung Friedensforschung; Hamburg 14.7.2006)

Der Workshop dient der Vernetzung der deutschen Forschung in der friedenswissenschaftlichen Tradition. Hierzu soll eine Plattform zum Austausch und zur Diskussion einer innovativen Fragestellung geschaffen werden: Vertreter der deutschen Wissenschaft erhalten Gelegenheit, ihre verschiedenen Ansätze und Forschungsvorhaben bezüglich Sicherheitsfragen unter den Bedingungen prekärer Staatlichkeit auszutauschen und gegenseitig von Erfahrungen zu profitieren. Praktiker aus Ministerien und Vorfeldorganisationen sind hierzu ebenfalls eingeladen.

Dies bietet sich gerade zum gegenwärtigen Zeitpunkt an. In den letzten Jahren wurden in Deutschland zahlreiche Forschungsprojekte von Einrichtungen der Forschungsförderung und aus Ministerien gefördert. Es erscheint nun als möglich, eine kritische Masse von Forschungsergebnissen zusammenzufassen und weitreichendere Schlussfolgerungen zu ziehen. Der Workshop soll darüber hinaus den Grundstein legen für eine internationale Konferenz, die in 2007 statt finden soll.

Empirische Beiträge zum Workshop beruhen auf Feldforschungsergebnissen, die aus unterschiedlichen Projektzusammenhängen stammen. Sie sollen aber einem relativ einheitlichen Fragekatalog folgen:

- Welche Gewaltakteure gibt es jenseits des Staates? Wie lassen sich diese typologisieren (privat, gemeinschaftlich, extern eingesetzt etc.)?
- In welchem Verhältnis stehen die Gewaltakteure zu einander? Sind die Beziehungen antagonistisch oder komplementär?
- Wie wirkt sich die vorgefundene Konstellation auf die Sicherheit von Bürgern und ggf. des „Systems“ aus? Wer sorgt, wenn überhaupt, für ein Minimum an Sicherheit in prekären Staaten? Wie bewerten die Bürger die Rolle des schwachen Staates in der Sicherheitsproduktion?
- Welche methodologischen Herausforderungen hat / hatte das Projekt zu meistern?
- Welche Schlussfolgerungen lassen sich daraus für die zukünftige Forschung ziehen?

Darüber hinaus werden stärker systematisierende Beiträge den Workshop einleiten und abschließen.

Ansprechpartner: Steffen Stübig s.stuebig@freenet.de
0178 - 329 63 83

Programm

| | |
|--|--|
| 9:00 | Einführung |
| <i>Matthias Basedau (IAK)</i> | Erfordernisse und Chancen der vergleichenden Methode für die Analyse von Sicherheit in prekären Staaten |
| 9:15-10:15 | Konzeptionen |
| <i>Herbert Wulf</i> | Das öffentliche Gewaltmonopol jenseits des Nationalstaats |
| <i>Andreas Mehler (IAK)</i> | Das staatliche Gewaltmonopol auf dem Rückzug? Privatisierung, Kommerzialisierung und Kommunalisierung von Sicherheit im internationalen Vergleich |
| <i>Klaus Schlichte (HU Berlin)</i> | Kommentar |
| 10:15-10:30 | Kaffeepause |
| 10:30-11:30 | Forschungsergebnisse 1 |
| <i>Ruben Eberlein (Uni Leipzig)</i> | ‘We don’t believe in politics, we believe in reality’. Wahrnehmungen und Realität sozialer Dominanz im heutigen Sierra Leone und im Nigerdelta, Nigeria |
| <i>Judy Smith-Höhn (IAK), Matthias Basedau (IAK)</i> | Peacekeepers und Ex-Combatants: Sicherheit jenseits des Staates in Liberia und Sierra Leone |
| <i>Tobias Debiel (INEF)</i> | Kommentar |
| 11:30-12:30 | Forschungsergebnisse 2 |
| <i>Ulf Terlinden (ZEF)</i> | Staat und Sicherheit von unten? Einsichten aus Somaliland |
| <i>Kristina Eichhorst (Uni Kiel)</i> | Legitimität und Effektivität von Kooperation mit nichtsstaatlichen Gewaltakteuren im Rahmen internationaler Konfliktregelungsinitiativen: das Beispiel Sri Lanka |
| <i>Hanspeter Mattes (DOI)</i> | Kommentar |
| 12:30-13:30 | Mittagspause |

| | |
|---|---|
| 13:30-14:30 | Forschungsergebnisse 3 |
| <i>Ulrike Joras (Swisspeace)</i> | Der private Wirtschaftssektor als „Sicherheitsnehmer“ im Konflikt- und Post-Konfliktkontext: Das Beispiel Guatemala |
| <i>Thomas Hildebrandt (Uni Bayreuth)</i> | Der Streit um die Entwaffnung der "libanesischen und nicht-libanesischen Milizen" im Libanon: partikuläre, kollektive und internationale Interessen |
| <i>Andreas Ufen (IFA)</i> | Kommentar |
| 14:30-15:30 | Forschungsergebnisse 4 |
| <i>Ulrich Schneckener (FU-Berlin, SWP)</i> | Transnationale Kooperationspartnerschaften und die Gewährleistung von Sicherheit? |
| <i>Jörn Grävingholt (DIE), Stephan Klingebiel (DIE)</i> | Der Umgang internationaler Akteure mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren |
| <i>Daniela Körppen (Berghof Foundation)</i> | Kommentar |
| 15:30-16:00 | Kaffeepause |
| 16:00-17:00 | Zusammenfassung und Schlussfolgerungen für eine zukünftige Forschungsagenda |
| <i>Joachim Betz (GIGA)</i> | Empirie (Vergleich) |
| <i>Peter Kreuzer (HSFK)</i> | Konzept und Theorie |
| <i>Boris Wilke (SWP)</i> | Methodologie |

Beiträge

Das öffentliche Gewaltmonopol jenseits des Nationalstaates

Herbert Wulf

Ausgangspunkt der Überlegungen zur Zukunft eines legitimen Gewaltmonopols sind drei Entwicklungen, die im Zusammenhang mit gewaltsamen Konflikten und Kriegen der Gegenwart stehen:

1. Die **Privatisierung der Gewalt**: *von unten* durch Warlords, Rebellen, Milizen, organisiertes Verbrechen und ähnlichen Gruppen – *von oben* durch Outsourcingstrategien einiger Regierungen, die zu einem regelrechten Boom privater Militär- und Sicherheitsfirmen geführt haben.
2. **Internationale Interventionen**: Auf die Kriege und Konflikte reagiert die internationale Völkergemeinde immer häufiger mit Interventionen militärischer und ziviler Art.
3. **Internationalisierung der Streitkräfte**: Bei militärischen Interventionen werden in der Regel Streitkräfte mehrerer Länder eingesetzt, typischerweise so beim UN Peacekeeping. Obwohl sie unter einem einheitlichen Kommando operieren, bleiben sie dem jeweiligen Entsendeland unterstellt.

Diese drei Entwicklungen haben Konsequenzen für das staatliche Gewaltmonopol, das idealtypisch nationalstaatlich orientiert ist. Die Rekonstruktion des Gewaltmonopols wird in den gängigen und zurzeit praktizierten Konzepten zum Nationbuilding fast ausschließlich an der Etablierung zentralstaatlicher Institutionen orientiert. Ich vertrete die These, dass das Gewaltmonopol fortentwickelt werden muss, um den neuen Gegebenheiten Rechnung zu tragen.

Ein Mehrebenenmodell eines öffentlichen Gewaltmonopols erscheint langfristig mehr Erfolg zu versprechen. Das Modell eines mit Legitimität ausgestatteten öffentlichen Gewaltmonopols sieht vier Ebenen vor:

- auf der lokalen Ebene, die erprobte Formen der Regulierung von Konflikten anzubieten hat;
- auf der nationalen Ebene, die mit verantwortlichen und akzeptierten Institutionen der legitimierten organisierten Gewalt und *good governance* ausgestattet ist;
- auf der regionalen oder subregionalen Ebene mit Regionalorganisationen, die Schutz bieten und sich um die Förderung des Friedens über die Landesgrenzen hinweg kümmern;
- auf der internationalen, globalen Ebene mit den Vereinten Nationen und entsprechenden Normen.

Ein mehrstufiges *Gewaltmonopol* ist im strikten Wortsinne ein Oligopol, das mit der Möglichkeit von Konkurrenz und Konflikt um Kompetenzen konfrontiert ist. Um ein mehrstufiges öffentliches Gewaltmonopol als effizientes und funktionierendes Instrument zu schaffen, sind vereinbarte Regeln Voraussetzung. Danach sollte die Anwendung des Gewaltmonopols nach dem *Subsidiaritätsprinzip* erfolgt, d.h. die unterste Ebene von der nächst höheren nur dann abgelöst werden, wenn das Gewaltmonopol auf der unteren Ebene nicht durchgesetzt werden kann. Die Normen zur Anwendung sollten jedoch nach dem Prinzip des *Supremats* erfolgen, d.h. die UN-Normen zur Gewaltanwendung haben Vorrang vor regionalen, regionale Normen vor nationalen und nationale Normen vor lokalen.

Das staatliche Gewaltmonopol auf dem Rückzug? Privatisierung, Kommerzialisierung und Kommunalisierung von Sicherheit im internationalen Vergleich

Andreas Mehler (IAK)

Auch jenseits des Staates bestehen Herrschaftsbeziehungen und Regelungsbedarfe. In Post-Konfliktsituationen häufig landesweit und in „normalen“ Zeiten häufig in weiten peripheren Zonen wird jenseits des Staates Autorität durch nicht-staatliche Akteure ausgeübt. Zum Teil werden dabei „para-“ oder „protostaatliche“ Funktionen erfüllt und bisweilen öffentliche oder mindestens kollektive Güter hergestellt. Dies gilt in besonderer Weise für die primäre „Kernaufgabe“ des Staates, die Bereitstellung von Sicherheit. Der Vortrag erörtert „Realalternativen“ zum Staat in der Herstellung von Sicherheit als kollektivem Gut. Von den möglichen Tendenzen (Regionalisierung, Externalisierung/Internationalisierung, Dezentralisierung, Kommunalisierung und Privatisierung von Sicherheit) werden die letzten drei Möglichkeiten stärker in Augenschein genommen.

Ein notwendiger Blick ist hierbei der auf Akteure: Sicherheitsleistungen werden in vielen Staaten mittlerweile gleichzeitig – in Konkurrenz oder Absprache - von verschiedensten staatlich, privat und gemeinschaftlich organisierten Akteuren erbracht. Das Panorama der Sicherheitsakteure beinhaltet sowohl private Sicherheitsanbieter für den – dem Anspruch nach – öffentlichen Kunden, als auch gemeinschaftlich organisierte Gewalt- und Sicherheitsakteure wie Jugendbanden, bei denen das Gewinnstreben nicht immer alleiniges Motiv ist. Um den Begriff der governance anwenden zu können, ist es wichtig, dass man alle Akteure in den Blick bekommt, die Sicherheit als kollektives oder öffentliches Gut erzeugen *können*. Die Zusammensetzung dieser Akteure kann sich hierbei lokal stark unterscheiden. Und es mag sein, dass der Staat in der Zuschreibung seine prominente Rolle als Sicherheitsproduzent Nr. 1 behält, aber in den Augen der Bürger nicht erfüllt und substituiert werden muss.

Der Beitrag fordert eine wissenschaftlich saubere Analyse von Leistungen und Legitimität der Akteure zu fragen, ohne die es noch weniger Sicherheit in weiten Teilen der Welt gäbe. Objektivierbare Leistungen und Wahrnehmungen durch bestimmte Kollektive mögen allerdings erneut auseinander klaffen.

‘We don’t believe in politics, we believe in reality’. Wahrnehmungen und Realität sozialer Dominanz im heutigen Sierra Leone und im Nigerdelta, Nigeria

Ruben Eberlein (Uni-Leipzig)

Der Beitrag befasst sich mit einigen aktuellen Aspekten sozialer Dominanz und politischer Herrschaft in Sierra Leone (Kono-Region) und in Nigeria (Nigerdelta). Ausgehend von Interviewmaterial und teilnehmender Beobachtung werde ich veranschaulichen, wie Herrschaft vor allem unter jungen Menschen in diesen sozial instabilen Regionen heute wahrgenommen und erfahren wird. Mit Hilfe dieses Primärmaterials und unter Bezugnahme auf relevante Sekundärquellen soll über die Wiedergabe von Perzeptionen des Alltäglichen eine Rekonstruktion sozialer Realität erfolgen. Auf methodischer Ebene argumentiere ich für eine stärkere Integration von Instrumenten der Sozialanthropologie und von Theorien der Internationalen Beziehungen.

Das präsentierte empirische Material legt nahe, dass generalisierte Aussagen über den Erfolg oder den Misserfolg von „Staatsaufbau“ (state building) oder „Demokratisierung“ nur sehr begrenzt Auskunft geben können über die fortgesetzte und unabgeschlossene Re-Territorialisierung von Macht und Herrschaft in Sierra Leone bzw. im Nigerdelta. Der Staat, verstanden als ein historisch konstituiertes Machtfeld, das durch die Androhung und den Gebrauch von Gewalt geprägt ist, wird beständig durch die Handlungen sozialer Akteure produziert. Diese dynamischen Aushandlungsprozesse in ihren lokalen Formierungen, deren transnationale Dimensionen sowie soziale Organisationsformen von Gewalt jenseits des post-westfälischen Staates bilden den zentralen Fokus der Präsentation.

Peacekeepers und Ex-Combatants: Sicherheit jenseits des Staates in Liberia und Sierra Leone

Judy Smith-Höhn (IAK)/ Matthias Basedau (IAK)

Der Beitrag beleuchtet die Rolle der internationalen, staatlichen und nichtstaatlichen Gewaltakteure bei der Herstellung von Sicherheit in Liberia und Sierra Leone. Die Ergebnisse beruhen auf einer Studie über die Sicherheitsperzeptionen der jeweiligen Bevölkerung und offenbaren den Widerspruch zwischen den Ansprüchen an einen funktionierenden Sicherheitsapparat und die Realität der fehlenden lokalen Kapazitäten zur Erfüllung dieser Erwartungen. So wünschen sich beispielsweise die Mehrzahl der Liberianer einen funktionierenden Staat nach westlichem Muster, jedoch besteht gerade diese Option nur scheinbar, und die UN-Friedensmissionen nähren diese Schimäre.

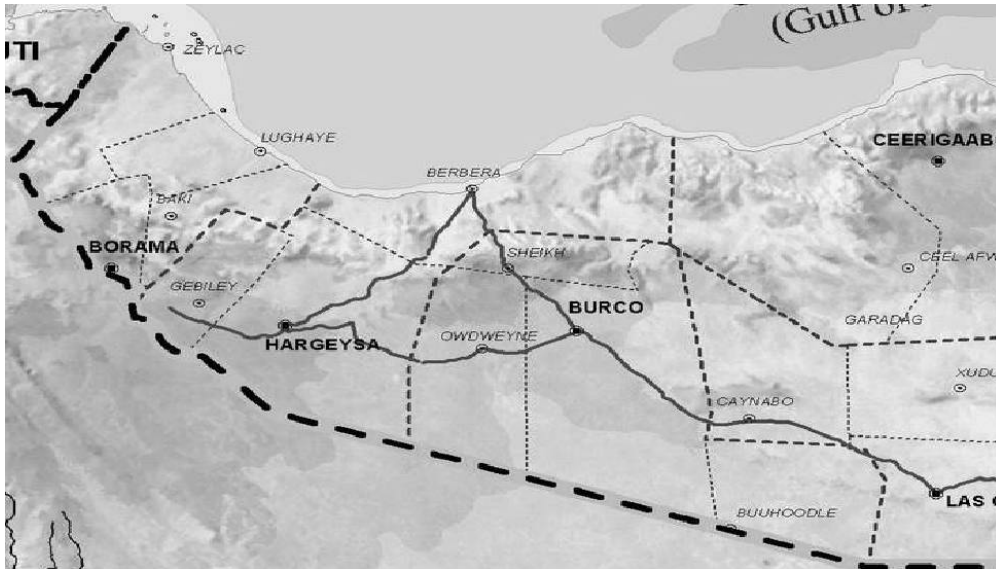
Nach einer kurzen Vorstellung unserer Methodik werden einige vorläufige Ergebnisse dargestellt, wobei das Hauptaugenmerk auf Liberia ruht – *denn die Daten hierzu liegen fast vollständig vor*. So zeigt der erste Teil des Vortrages, dass in beiden Ländern eine Reihe von Gewaltakteuren existieren, die jenseits des Staates Sicherheit gewährleisten. Dies reicht von internationalen Interventionstruppen und Beraterstäben bis hin zu lokal organisierten „community watch teams“. Ganz im Sinne von Wulf, gibt es ein mehrstufiges Sicherheitssystem, wobei den Terminus „Gewaltoligopol“ in diesem Falle zutreffender ist. So sind auf der lokalen Ebene eher lokale Akteure von Bedeutung, während auf der nationalen Ebene eher staatliche und vor allem internationale Akteure wichtig sind, wobei in beiden Ländern die tragende Rolle der internationalen Akteure hervorsteht.

Aber gerade diese internationalen Interventionen können die (Wieder-)Entstehung souveräner Staaten behindern – und für Liberia und Sierra Leone besteht diese Gefahr durchaus. Die Regierungs- und Sicherheitsapparate dieser „Quasi-Staaten“ können nicht ohne fremde Hilfe funktionieren. Zwar waren die massiven Interventionen von außen zweifellos eine Voraussetzung für die Beendigung der Bürgerkriege, aber bei der Konsolidierung von Staatlichkeit werden oftmals schablonenartige Strategien angewandt, die äußerst problematische Folgen nach sich ziehen können. Dabei müssen lokale Besonderheiten (Effizienz lokaler Bürgerwehren) und auch „traditionelle“ Strukturen (Geheimbünde) und Verhaltensmuster stärker beachtet werden, wenn die Versuche zur Friedensbildung erfolgreich sein sollen. Ihre lokal schwankende Bedeutung ist zu erfassen und in nationale (und regionale) Sicherheitsstrategien umzuwandeln.

Die Blaupausenansätze müssen aufgegeben und durch regional differenzierte Konzepte ersetzt werden. Hinzu kommen die hohen Erwartungen der Bevölkerungen an einen funktionierenden staatlichen Sicherheitsapparat, die aber in absehbarer Zeit nicht erfüllbar sind. Gäbe es eine einseitige Förderung der neu entstehenden staatlichen

Sicherheitsapparate durch die internationalen Akteure ohne die Konsolidierung der Demokratie und die Anerkennung von lokalen Selbsthilfemechanismen, dürfte dies zum Scheitern verurteilt sein.

Staat und Sicherheit von unten? Einsichten aus Somaliland Ulf Terlinden (ZEF)



1. Gewaltakteure jenseits des Staates

Nach dem Kollaps des somalischen Staates rief die „Somali National Movement“ (SNM) 1991 die erneute Unabhängigkeit der ehemaligen Kolonie British Somaliland aus. Im Zuge nationaler Friedenskonferenzen baute der bislang nicht anerkannte Staat nach dem Zerfall der SNM eine Nationale Armee auf. Wegelagernde Milizen wurden ebenso wie der Großteil der vormals clan-kontrollierten Bürgerkriegsfraktionen integriert und anschließend demobilisiert oder in den neu entstandenen Polizeiapparat überführt.

V.a. in den nicht von der Zentralregierung kontrollierten Gebieten im Osten Somalilands (in den Regionen Sool und Sanaag) existieren weiterhin in gewissem Umfang Clan-Milizen, die unter der Aufsicht von Ältesten und lokalen Autoritäten der Warsangeli und Dulbahante (zusammen „Harti“)–Clans stehen. Somaliland verfügt lediglich im Westen von Sanaag und im äußersten Westen von Sool über administrative Strukturen. Ein guter Teil von Sool (im südlichen Teil dieses Gebietes) wird zudem seit Ende 2003 von parastaatlich organisierten Truppen der Nachbarregion Puntland kontrolliert, die hier mit Somaliland um die Vorherrschaft konkurriert.

Der Einfluß von islamistischen Milizen wie „Al-Ittihad“ ist seit mit der 90er Jahre mit äthiopischer Unterstützung weitgehend zerschlagen worden, wobei seit den jüngsten Erfolgen dieser Gruppierungen im Süden Somalias mit einer neuerlichen Stärkung gerechnet werden muß.

2. Wie lassen sich diese typologisieren (privat, gemeinschaftlich, extern eingesetzt etc.)?

Entscheidend für das Verständnis der de-facto-staatlichen als auch der traditionell kontrollierten Gewaltakteure sind die Clan-Strukturen und deren zentrale Akteure.

Während dies bei rein clan-basierte Milizen im Osten und in anderen peripheren Gebieten offensichtlich ist, realisieren die Clans ihren Einfluß bei Militär und Polizei eher durch Stellvertreter innerhalb der Apparate.

In beiden Fällen kann man von gemeinschaftlich organisierten Gewaltakteuren sprechen, die im ersten Fall eher ad hoc mobilisiert werden, im zweiten Fall locker unter der „Schirmherrschaft“ des jungen Staates zusammenkommen, aber nur in der Minderheit (v.a. „Offiziere“ des Militärs und Polizeikräfte) als stehende Einheiten bezeichnet werden können. Wichtig ist, dass die Definition des Kollektives vom relevanten Bezugspunkt einer Streitfrage abhängt. Milizen unterschiedlicher Sub-clans, die in einem größeren Konflikt seit an seit stehen würden, können sich auf der lokalen Ebene durchaus konfrontativ begegnen, auch wenn dies seit vielen Jahren kaum gewaltförmig eskaliert ist.

Im engeren Sinne privat organisierte Gewaltakteure gibt es in Somaliland nicht. Die einzigen externen Kräfte sind jene „Darawishta“-Truppen der Nachbarregion Puntland, die den Osten der Region Sool und die Regionalhauptstadt Las Anod seit Ende 2003 kontrollieren. Diese sind ähnlich wie jene Somalilands organisiert, jedoch aufgrund der Clan-Beziehungen zumindest bislang stärker akzeptiert.

3. *In welchem Verhältnis stehen die Gewaltakteure zueinander? Sind die Beziehungen antagonistisch oder komplementär?*

Der einzig messbare Antagonismus besteht in den konkurrierenden Gebietsansprüchen der Truppen Somalilands und Puntlands im Osten des Landes. Hier kristallisiert sich jedoch zunehmende Kooperationsbereitschaft zwischen den unmittelbar beteiligten Kommandeuren und Einheiten im Frontbereich heraus. Der Austausch von Kriegsgefangenen und die regelmäßigen Zusammenkünfte haben die Situation vor Ort erheblich entspannt, wenn auch eine neuerliche, politisch induzierte Eskalation keineswegs ausgeschlossen werden sollte.

4. *Wie wirkt sich die vorgefundene Konstellation auf die Sicherheit von Bürgern und ggf. des „Systems“ aus? Wer sorgt, wenn überhaupt, für ein Minimum an Sicherheit in prekären Staaten?*

Von den o.g. Spannungen mit Puntland abgesehen ist Somaliland seit 1996 frei von nennenswerten Gewalthandlungen. In allen Landesteilen (regierungskontrolliert oder nicht) wird der Großteil der öffentlichen Sicherheit durch Ältestenräte nach traditionellem Recht (xeer) erbracht. In nahezu den gesamten pastoralen Gebieten und bei der Mehrheit der Gewaltverbrechen in den Städten werden diese im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten konsequent verfolgt. Die Schlichtung ist meist mit kollektiver Kompensation (diya) durch die relevante „Diya-paying group“ verbunden, bietet aber auch die Möglichkeit der legitimen Blutrache, was beides zu den stärksten Abschreckungselementen des Systems gehören dürfte.

Wo Staat und Älteste die Strafverfolgung nebeneinander leisten, besteht trotz fehlender Verregelung ein weitgehend symbiotisches und kooperatives Nebeneinander. In aller Regel überlassen die überforderten Gerichte die Ahndung von Verbrechen auf Wunsch von Opfern hin den traditionellen Strukturen, und wo diese selbst die Kontrolle verlieren, ziehen sie den Staat (insbesondere die Polizei) zur Unterstützung heran. Letzteres ist vor allem bei stärker eskalierten Konflikten, in verzwickten Clan-Konstellationen und in urbanen Zentren der Fall.

Das System an sich wird durch die bestehende Konstellation nicht wesentlich beeinflusst. Vertreter der Clans sind u.a. im Nationalen Ältestenrat (Guurti), der zweiten Kammer des Parlaments, vertreten. Der Staat wurde unter ihrer Aufsicht definiert und gegründet. Bislang hat er kaum Kapazität entwickelt, sich gegen robuste Claninteressen durchzusetzen. Es handelt sich somit um ein erstaunlich stabiles Gleichgewicht zwischen lokalen und nationalen Akteuren mit begrenztem Einfluß.

5. *Wie bewerten die Bürger die Rolle des schwachen Staates in der Sicherheitsproduktion?*

Es gibt eine gewisse Anerkennung in den Städten und in Bereichen, die sich den traditionellen Autoritäten qua Selbstblockade der Clans entziehen. Auf der übergeordneten Ebene wird die wenigstens formale Integration und Demobilisierung der Bürgerkriegsmilizen als Leistung des Staates aufgefasst. In der tagtäglichen Produktion von Sicherheit stellt der Staat jedoch wenig mehr als den Rahmen und die Infrastruktur (inklusive Gefängnissen und exekutivem Verfolgungsapparat) zur Verfügung, während die Hauptkompetenz den Ältesten zugeschrieben werden dürfte. Gesicherte Erkenntnisse und gezielte Erhebungen gibt es dazu jedoch bislang nicht.

Legitimität und Effektivität von Kooperation mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren im Rahmen internationaler Konfliktregelungsinitiativen: das Beispiel Sri Lanka

Kristina Eichhorst

Der Beitrag konzentriert sich auf die Problematik des Gewaltoligopols in Sri Lanka und seine Folgen für die Versuche einer gewaltfreien Konfliktregelung. Hierbei soll zunächst auf die zentralen (staatlichen und nichtstaatlichen) Gewaltakteure, ihr Verhältnis zueinander sowie ihre Stellung und ihr Einfluss innerhalb der srilankischen Gesellschaft eingegangen werden. Auf der Grundlage dieser Betrachtung soll anschließend die Frage beantwortet werden, ob die Kooperation mit den nichtstaatlichen Gewaltakteuren im Rahmen der internationalen Konfliktregelungsinitiativen die Kriterien der Legitimität und Effektivität erfüllen.

Ein zentrales Charakteristikum des srilankischen Gewaltoligopols stellt - neben der ethnischen - die räumliche Dimension dar: Sri Lanka ist kein „failed state“ im klassischen Sinne, sondern verzeichnet eine prekäre Staatlichkeit durch einen lediglich räumlich begrenzten, dafür in den betroffenen Gebieten aber vollständigen Verlust des staatlichen Gewaltmonopols. Bis zum Jahr 2003 nahm in diesen Gebieten ein einziger Akteur, die ‚Liberation Tigers of Tamil Eelam‘ (LTTE), eine quasi-Monopolstellung ein. In dieser Position beanspruchten die LTTE für sich das Recht, klassische staatliche Herrschaftsfunktionen auszuüben und hierbei v. a. die „Produktion“ von Sicherheit für die tamilische Bevölkerung zu übernehmen.

Auf Grund dieser (räumlich begrenzten) de facto-Herrschaft wurden die LTTE neben der srilankischen Regierung zum zentralen Verhandlungspartner der internationalen Gemeinschaft, die sich unter Führung der norwegischen Regierung für eine gewaltfreie Konfliktregelung in Sri Lanka engagiert. Damit entschied man sich für einen pragmatischen Ansatz, der vorsah, Sicherheit in der srilankischen Postkonfliktgesellschaft durch die Anerkennung der aktuellen Gegebenheiten und Machtstrukturen herzustellen. Mit der vorläufigen Beendigung des Bürgerkriegs durch den Waffenstillstand von 2002 wurden somit neue Realitäten geschaffen: Die LTTE wurden als quasi-legitimer Gewaltakteur anerkannt, indem ihnen bestimmte Einflussgebiete und Bewegungsräume

zugesprochen wurden. Das Ziel, den srilankischen Staat als handlungsfähige, in allen Landesteilen souveräne Einheit wiederherzustellen, wurde hierbei der Absicht untergeordnet, die akuten Kampfhandlungen zu beenden und die physische Sicherheit der Bevölkerung zu garantieren. Die Anerkennung der LTTE sollte ihre Einbindung in einen stabilen Waffenstillstand ermöglichen, der letztlich in eine dauerhafte institutionelle Konfliktregelung münden sollte. Angenommen wurde hierbei, dass die LTTE von der tamilischen Minderheit des Landes größtenteils als legitime Vertreter ihrer Interessen angesehen werden und als solche für sie auch eine Schutzfunktion erfüllen. Darüber hinaus schien die Einbindung der LTTE zu einer „demokratischen Wandlung“ der Organisation beitragen zu können.

Allen drei Annahmen, gleichwohl von Anbeginn fragwürdig, wurde durch die jüngsten Entwicklungen die Grundlage entzogen. Damit stellt sich nicht nur die Frage nach der Legitimität und Effektivität des Konfliktregelungsansatzes der internationalen Gemeinschaft in Sri Lanka, sondern insbesondere auch nach alternativen Vorgehensweisen, die geeignet wären, eine gewaltfreie Konfliktregelung im Land durchzusetzen.

Der private Wirtschaftssektor als „Sicherheitsnehmer“ im Konflikt- und Post-Konfliktkontext: Das Beispiel Guatemala

Ulrike Joras (Swisspeace)

Ziel der Präsentation ist es, einen kurzen Überblick über die verschiedenen nicht-staatlichen und staatlichen Gewaltakteure zur Zeit des Bürgerkriegs in Guatemala (1960-1996) zu geben (Grenzen zwischen den beiden Typen verlaufen jedoch oft fließend). Besonderer Fokus wird auf den privaten Wirtschaftssektor gerichtet. Es soll seine Funktion als Unterstützer der Gewaltakteure aber auch als „Sicherheitsnehmer“ betrachtet werden. Es werden die Wechselwirkungen beleuchtet, die das Verhältnis des Privatsektors mit (para-)militärischen Strukturen auf die privatwirtschaftliche Position im Friedensprozess in Guatemala hatte. Ferner wird kurz die Rolle nicht-staatlicher Gewaltakteure in der Post-Konflikt Zeit angerissen.

Die Inhalte der Präsentation beruhen wesentlich auf Forschungen zur Doktorarbeit zum Thema der Rolle des Guatemalteckischen Wirtschaftssektors im Bürgerkrieg, Friedensprozess und in der Post-Konflikt Phase. Der Ausgangspunkt der Arbeit war die Diskussion um den möglichen positiven Beitrag privater Unternehmen für Konflikt-Management und Wiederaufbau.

Das Anfangsdatum des 36 Jahre währenden Bürgerkriegs in Guatemala wird gemeinhin in das Jahr 1960 gelegt, als linksgerichtet Guerilla-Gruppen ihren bewaffneten Kampf gegen das herrschende Regime aufnahmen. In der ersten Phase des Bürgerkriegs konnten die Rebellengruppen in relativ kurzer Zeit zerschlagen werden, insbesondere auch aufgrund der vermehrten Entstehung von Paramilitärs, einschließlich von Todesschwadronen wie der *MANO Blanca* oder der *CADEG*, aber auch andere Gewaltakteure mit fließenden Bindungen zum guatemalteckischen Militär und staatlichen Strukturen (z.B. *Comisionados*, *Policía Militar Ambulante*).

In den 1960er Jahren entstand so ein Netz verschiedener Gewaltakteure, viele davon auf Initiative des Militärs zur Unterstützung bei der Bekämpfung der Guerilla und der linken Opposition. Einige dieser Gruppierungen arbeiteten mit Geheimdiensten zusammen,

übernahmen Spitzelfunktionen oder Sonderaktionen für das Militär. Andere hatten den expliziten Auftrag, *fincas* in den ländlichen Räumen und private Unternehmen zu schützen.

Privatwirtschaftliche Unternehmer waren jedoch nicht nur „Sicherheitsnehmer“ sondern unterstützen in unterschiedlicher Masse personell oder finanziell die verschiedenen Gewaltakteure. Das Verhältnis zu den Gewaltakteuren hatte jedoch nicht nur einen „Schutzcharakter“, sondern war auch symptomatisch für eine Koalition zwischen Militär und Privatsektor, die sich auch auf (wirtschafts-)politischer Ebene erstreckte.

Während des zweiten Höhepunktes des Bürgerkriegs in Guatemala (Ende der 1970er; Anfang der 1980er), kam es sowohl zu Veränderungen innerhalb der Gewaltakteure (z.B. Ausbau durch Einführung der PACs) als auch zum Beginn der Schwächung in den Beziehungen zwischen Militär und Privatsektor.

Die engen Beziehungen des Privatsektors zu den verschiedenen Gewaltakteuren während der meisten Zeit des Bürgerkrieges als auch sein de facto politisches Veto-Recht gewährleistete, dass private Unternehmen nur in begrenztem Maße durch den Bürgerkrieg in Mitleidenschaft gezogen wurden (relativ geringe privatwirtschaftliche Folgen). Während des Friedensprozesses waren diese geringen privatwirtschaftlichen Kosten des Konflikts ein Erklärungselement für ihre größtenteils ablehnende Haltung gegenüber den Verhandlungen, die im Vergleich zum Bürgerkrieg das Risiko weitreichender, negativer ökonomischer Konsequenzen für den Privatsektor beinhalteten.

Nach der Unterzeichnung des Friedensvertrages 1996, wurden einige Gewaltakteure abgeschafft und eine Reform des Militärs eingeleitet. Während die politische Gewalt zurückging, ist die kriminelle Gewalt hingegen angestiegen. Die Anzahl von PSCs sind nach 1996 entsprechend eklatant gestiegen und private Unternehmen befinden sich in der paradoxen Situation, dass ihre Ausgaben für Sicherheit nach Beendigung des Konflikts angestiegen, anstatt gesunken sind.

Der Streit um die Entwaffnung der "libanesischen und nicht-libanesischen Milizen" im Libanon: partikuläre, kollektive und internationale Interessen

Thomas Hildebrandt (Uni-Bayreuth)

Der Vortrag beschäftigt sich mit der Situation der zwei wichtigsten "nicht-staatlichen Gewaltakteure" im heutigen Libanon, der Hizbullah und der militanten palästinensischen Fraktionen, sowie mit der an die UNO-Sicherheitsratsresolution 1559 vom September 2004 anknüpfenden und seit dem syrischen Abzug vom April 2005 verschärften nationalen und internationalen Debatte um ihre Entwaffnung. Nachgegangen wird dabei den in dieser Debatte zum Ausdruck kommenden unterschiedlichen Interessen lokaler, regionaler und internationaler Kräfte sowie der Frage ihrer Wahrnehmung besagter Gewaltakteure. Diskutiert werden zudem die Auswirkungen der Präsenz und der Aktivitäten dieser Akteure auf die Sicherheit und Stabilität des Libanon.

Transnationale Kooperationspartnerschaften und die Gewährleistung von Sicherheit?

Ulrich Schneckener (FU-Berlin, SWP)

Vorstellung des Sonderforschungsbereichs SFB 700: Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit. Neue Formen des Regierens? (Freie Universität Berlin)

Teilprojekt C1: Transnationale Kooperationspartnerschaften und die Gewährleistung von Sicherheit in Räumen begrenzter Staatlichkeit

Leiter: PD Dr. Christoph Zürcher (FU Berlin), Dr. Ulrich Schneckener (SWP)

Mitarbeiter: Jan Köhler (FU Berlin), Boris Wilke (SWP)

Das Projekt untersucht, unter welchen Bedingungen transnationale Kooperationspartnerschaften zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren in gewaltoffenen Räumen zerfallen(d)er Staaten funktionale Äquivalente von Staatlichkeit bereitstellen und inwieweit diese zu einer erfolgreichen Konflikttransformation beitragen. Im Einzelnen untersuchen wir mithilfe von ethnographischen und mikropolitischen Fallstudien in insgesamt acht lokalen Räumen in Pakistan, Tadjikistan und Afghanistan, ob und wie solche externen Stabilisierungsstrategien bei der Bereitstellung von konfliktbearbeitenden Institutionen sowie bei der Herstellung von innerer und äußerer Sicherheit erfolgreich sein können.¹

In den vergangenen fünfzehn Jahren intervenierte die internationale Gemeinschaft zunehmend in innerstaatliche Konflikte bzw. in Nachkriegsgesellschaften. Diese Interventionen variieren beträchtlich bezüglich Mandat und eingesetzter Ressourcen und reichen von Maßnahmen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit im Umfeld von Krisen und Konflikten bis hin zur Etablierung eines militärischen Gewaltmonopols und einer Interims-Verwaltung. In ihrer *Intention* zielen diese Interventionen darauf ab, Staatsfunktionen zu stärken oder wiederherzustellen. In der *Praxis* tun sie dies, indem sie die Bereitstellung funktionaler Äquivalente von Staatlichkeit durch Kooperation verschiedener Akteure zu fördern versuchen. An solchen Kooperationen sind in den Zielräumen als Adressaten der Intervention NGOs, private Akteure (v.a. local „big men“ und klientelistische Netzwerke) sowie Teile von Staatsbürokratien beteiligt. Die Intervenierenden auf der internationalen Ebene sind Internationale Organisationen (IOs), INGOs und staatliche Akteure.

Nachhaltige Konflikttransformation kann nur gelingen, wenn erstens Sicherheit und (relative) Gewaltfreiheit hergestellt ist, wenn zweitens ein institutionelles Gefüge vorhanden ist, welches Konfliktaustragung verregelt und so Konflikte bearbeitbar macht, und wenn drittens in den (Post-)Konfliktträumen ein minimales Maß an Ressourcen und Wohlfahrtsleistungen zur Verfügung steht. Dies alles sind klassische Staatsaufgaben. Da in unseren Untersuchungsräumen jedoch die Bereitstellung von funktionierender Staatlichkeit nicht bzw. nur eingeschränkt gegeben ist, müssen andere Akteure einspringen, um *funktionale Äquivalente von Staatlichkeit* bereitzustellen. Konfliktbearbeitungskapazität und Bereitstellung von Staatsfunktionen werden in der Folge nicht selten von einer transnationalen Kooperation aus privaten und öffentlichen Akteuren übernommen.

Das Projekt untersucht systematisch und empirisch Funktionsweisen und Erfolgsbedingungen solcher Partnerschaften. Es leistet eine exemplarische Bestandsaufnahme solcher Partnerschaften anhand von acht mikropolitischen Fallstudien in drei Räumen (Tadjikistan, Afghanistan und Pakistan), untersucht deren bisherigen Leistungsausweis und analysiert ihre Nachhaltigkeit. Methodisch legen wir größten Wert auf Empirie aus erster Hand; die qualitativen Fallstudien basieren auf längeren Feldforschungsaufenthalten, welche es uns ermöglichen, die Realitäten vor Ort zu

¹ Tadjikistan: Khatlon; Garm/Rasht; Gorno Badakhshan. Afghanistan: Afghan Badakhshan; Nangarhar-Laghman-Kunar. Pakistan: Karatschi; Nordwestgrenzprovinz / Stammesgebiete; Nördliche Gebieten.

erfassen. Da in unseren Untersuchungsräumen die „Spielregeln“ in hohem Maße informell sind, offizielle Daten nicht existieren oder nicht verlässlich sind und Akteure meist eine versteckte Agenda haben und ihre eigentliche Handlungslogik hinter einer offiziellen Fassade verbergen, werden wir unsere Datenerhebung in der ersten Phase des SFB weitgehend mittels qualitativer ethnologischer Methoden durchführen. Die aus der ersten Phase gewonnenen Erkenntnisse werden uns in die Lage versetzen, in der zweiten Phase systematisch Hypothesen bezüglich der Erfolgsbedingungen von solchen transnationalen, öffentlichen-privaten Kooperationen in der Konfliktbearbeitung zu entwickeln und anhand weiterer Fallstudien zu testen.

Leitfragen:

Sind diese Partnerschaften in der Lage, Sicherheit in gewaltoffenen Räumen zu gewährleisten oder zumindest die Sicherheitslage zu verbessern? Kurz: Wie funktioniert Sicherheit "von unten"?

Was ist ihr Beitrag zur Konflikttransformation? Gelingt es Ihnen, vorhandene konfliktbearbeitende Institutionen zu stärken oder neue Institutionen aufzubauen?

Wie nachhaltig ist dieser Governance-Modus im Sicherheitsbereich? Inwieweit hängt er von externen Ressourcen ab? Inwieweit fördert oder hindert er den Aufbau von Staatlichkeit?

Und schließlich: Welche längerfristigen Auswirkungen haben die Leistungen, der Output, dieser Kooperationsformen auf die gesellschaftliche Entwicklung insgesamt?

Vorgehensweise:

Das Projekt ist eingebettet in die theoretische Debatte um mögliche Substitute von Staatlichkeit, gerade in Nicht-OECD-Regionen. Diese Debatte krankt nicht zuletzt daran, dass wir relativ wenig empirisch über solche "funktionalen Äquivalente" wissen, weshalb die Diskussion mittlerweile an einem "toten Punkt" angekommen ist.

Fortschritt ist nur vorstellbar durch eingehende Feldforschung und hier setzt unserer Projekt ein: Grundlegend sind acht theoriegeleitete, mikropolitische Fallstudien zu Subregionen in Pakistan, Tadjikistan und Afghanistan, die allesamt durch gewaltsame Konflikte geprägt sind. Wir haben uns bewußt für Regionen in diesen drei benachbarten Staaten entschieden, da sich die Konfliktträume teilweise überlappen, teilweise die gleichen Akteure involviert sind, gleichzeitig aber sehr unterschiedliche Profile von Staatlichkeit existieren: Bei Afghanistan steht der staatliche Wiederaufbau am Anfang, Tadschikistan findet sich in einer fortgeschrittenen Post-Konflikt-Phase, bei Pakistan handelt es sich in bestimmten Regionen um einen versagenden Staat.

Die acht Fallstudien sollen uns in einer ersten Phase präzise Einblicke geben in die Art und Weise, wie diese Kooperationen konkret organisiert sind, wer daran beteiligt ist, über welche Ressourcen und Sanktionsmechanismen sie verfügen, auf welche Akzeptanz sie vor Ort stoßen und wie ihr Verhältnis zu offiziellen, staatlichen Strukturen ist.

Der Umgang internationaler Akteure mit nichtstaatlichen Gewaltakteuren

Jörn Grävingholt (DIE), Stephan Klingebiel (DIE)

Nichtstaatliche Gewaltakteure (NSAG) stellen internationale Akteure, insbesondere die Entwicklungszusammenarbeit, vor besondere Herausforderungen. Die Auflösung der

ideologischen Bipolarität Ende der 1980er Jahre war die Voraussetzung dafür, dass sich in der internationalen Gemeinschaft ein handlungsleitender Konsens über die normativen Maßstäbe von Sicherheit und Entwicklung herauszubilden begonnen hat. Mit der Popularisierung des Konzepts der „menschlichen Sicherheit“, das zu einem neuen Leitkonzept der internationalen Bemühungen um Frieden und Gewaltprävention avancierte, sind verstärkt jene Akteure in das Blickfeld der Aufmerksamkeit geraten, deren Handeln primär für die Gewährleistung – oder aber Gefährdung – menschlicher Sicherheit verantwortlich ist. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben die Diskussion erheblich belebt. Zugleich hat damit allerdings im politischen Raum die Neigung zugenommen, den Umgang mit NSAG primär in den Kontext der Terrorismusbekämpfung zu stellen. Die Debatte über den Umgang mit NSAG gewinnt auch für die Entwicklungspolitik zunehmend an Relevanz. Die Agenda der menschlichen Sicherheit weist der Entwicklungspolitik eine Schlüsselrolle bei der Verhütung und Bewältigung von Gewaltkonflikten zu, insbesondere bei der Bekämpfung struktureller Konfliktursachen in armen Gesellschaften sowie hinsichtlich der zivilen Komponenten von Krisenprävention, Friedensförderung und Post-Konflikt-Wiederaufbau.

Während das Verhalten externer Akteure gegenüber Staaten durch relativ klar umrissene Normen geregelt ist, ist der Umgang mit nicht-staatlichen Gewaltakteuren schwieriges rechtliches Terrain. Für den Umgang mit Staaten stellen das Völkerrecht und die Praxis der internationalen Beziehungen externen Akteuren einen festen Rahmen bereit. Im Falle von NSAG ist dies anders, diese sind nur vereinzelt oder indirekt Gegenstand internationaler Rechtsnormen geworden. In internationalen Abkommen spielen NSAG erstmals kurz nach dem Zweiten Weltkrieg eine Rolle. In diesen Fällen wird in erster Linie das Verhalten von NSAG, nicht aber der Umgang mit ihnen Normen unterworfen.

Neuerdings werden Versuche unternommen, NSAG direkt in Verpflichtungen zur Befolgung humanitärer Normen einzubeziehen. Bahnbrechend ist hierbei die Initiative der internationalen NRO *Geneva Call*, die seit 2000 auf dem Weg einer freiwilligen Selbstverpflichtung, die im Wesentlichen den Bestimmungen des 1999 in Kraft getretenen zwischenstaatlichen Vertrags zur Ächtung von Antipersonenminen (*Ottawa Convention*) entspricht, nicht-staatliche Bürgerkriegsparteien ebenfalls zum Verzicht auf diese Waffen zu bewegen sucht.

Das verstärkte Engagement der internationalen Gemeinschaft bei der Bekämpfung von Terrorismus hat den Umgang mit NSAG allgemein zu einem politisch höchst sensiblen Thema werden lassen, da NSAG von den Regierungen, die sie bekämpfen, häufig als Terroristen betrachtet und international dargestellt werden. Weitreichende Folgen für den Umgang mit NSAG hat insbesondere die Praxis mancher Staaten, offizielle Listen von als terroristisch betrachteten Organisationen und Personen zu führen. Die Zweckmäßigkeit solcher Listen ist umstritten.

Wichtige Dokumente hochrangiger Expertengremien und internationaler Institutionen haben sich in den letzten Jahren mit Fragen der internationalen Sicherheit, der Verhinderung oder Eindämmung von Bürgerkriegen, Völkermord und anderen Formen massenhafter Menschenrechtsverletzungen befasst. Dabei fällt auf, dass zwar jedes dieser Dokumente umfangreiche Passagen der Bekämpfung des Terrorismus widmet, keines dagegen grundsätzlich den Umgang mit NSAG thematisiert.

Obwohl der Umgang mit NSAG in aller Regel für jegliche externe Akteure in einem Land mit Schwierigkeiten behaftet ist, stellen sich diese je nach Akteursperspektive unterschiedlich dar. Divergierende Perspektiven gibt es insbesondere zwischen Akteuren verschiedener Politikfelder (Diplomatie/Außenpolitik, Sicherheits- und Verteidigungspolitik,

Entwicklungspolitik, Innenpolitik/innere Sicherheit).

Die öffentliche Entwicklungspolitik hat bis in die 1990er Jahre hinein Situationen, in denen sich NSAG als Herausforderung darstellten, zu vermeiden gesucht. Das Handeln der öffentlichen Entwicklungspolitik war in solchen Ländern, in denen NSAG in Erscheinung traten, eindeutig auf die jeweiligen staatlichen Akteure gerichtet (*state bias*). Für humanitäre und nichtstaatliche Akteure stellte sich diese Herausforderung auch in der Vergangenheit vielfach anders dar. Beispiele, wo es um den „ausgehandelten Zugang“ (*negotiated access*) von Hilfsorganisationen zu bedrohten Zielgruppen ging, zeigen, dass für die Humanitäre Hilfe ein direkter Kontakt zu NSAG oft unausweichlich war und vielfach auch gesucht wurde.

Seit etwa Mitte der 90er Jahre hat sich die Situation für die Entwicklungspolitik geändert. Durch zunehmende Berührungspunkte mit NSAG, etwa im Rahmen von Demobilisierungsmaßnahmen sowie über die Entwicklung von Konzepten zur entwicklungspolitischen Krisenprävention und Konfliktbearbeitung, kam es verstärkt zu Situationen, in denen NSAG eine praktische Relevanz besitzen. Konzeptionelle und operative Überlegungen sowie Einsätze in instabilen Situationen, in denen auch parallel zu bzw. gemeinsam mit Friedenseinsätzen vorgegangen wird, zeigen, dass die entsprechenden Situationen zunehmend relevant werden. Die Szenarien reichen dabei von den im Kontext der *Provincial Reconstruction Teams* (PRTs) agierenden *warlords* über massive Gewaltkriminalität etwa in Kolumbien bis hin zu traditionellen oder neuen Autoritäten mit Gewaltandrohungspotential bzw. -erfahrungen in einer Vielzahl von Ländern (Nigeria, Afghanistan etc.). Im Hinblick auf Gestaltungspotentiale und Einflussmöglichkeiten lassen sich vier idealtypische Motive identifizieren, die im Rahmen von Entwicklungspolitik bei der Interaktion mit NSAG bestehen können:

1. *Zielgruppenzugang*: Entwicklungspolitik kann durch Interaktion mit NSAG das Ziel verfolgen, Zielgruppen in einem Gebiet zu erreichen.
2. *Personalverantwortung*: Für lokales und/oder entsandtes EZ-Personal kann durch die Arbeit in einer Region, in der NSAG tätig sind, eine erhebliche Gefährdung bestehen; die Risiken können durch bewusste Interaktion z. T. wesentlich reduziert werden.
3. *Normbindung*: Weiterhin kann ein entwicklungspolitisches Interesse an einer Interaktion darin bestehen, zur Bindung einer NSAG an Normen und Standards beizutragen (Menschenrechte etc.).
4. *Konflikttransformation*: Während die Motive des Zielgruppenzugangs und der Personalverantwortung vielfach Grund für den Beginn einer Interaktion mit NSAG sein können, kann ein weiteres Ziel des Engagements ein Beitrag zur Konflikttransformation sein.

TeilnehmerInnen

Matthias Basedau

GIGA Institut für Afrika-Kunde
Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg
basedau@giga-hamburg.de

Dr. Matthias Basedau ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am IAK. Seine Forschungsschwerpunkte liegen auf Wahlen, Parteien, Demokratie, Gewaltkonflikten, zivil-militärische Beziehungen sowie Ressourcenkonflikten. Seine Expertise bezieht sich neben West- und Zentralafrika vor allem auf das südliche Afrika. Zudem beschäftigt er sich in vergleichender Perspektive mit der Analyse von Transformationsressourcen und -hemmnissen.

- 2005 (mit Andreas Mehler): Resource Politics in sub-Saharan-Africa, Hamburg African Studies/Etudes Africaines Hambourgeoises No. 14, Hamburg
- 2003 (mit Andreas Mehler): African Resources and War, in: Internationale Politik, Transatlantic Edition (TIP), Vol. 4(3), S.95-100.
- 2005: Stagnation on Low Levels: Political and Economic Transformation in Central and West Africa. In: Strategic Insights, IV;12
- 2005: West- und Zentralafrika. In: Bertelsmann-Stiftung (Hg.): Bertelsmann Transformation Index 2006, Gütersloh, S. 186-204.

Joachim Betz

German Institute for Global and Area Studies
Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg
betz@giga-hamburg.de

Prof. Dr. Joachim Betz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am GIGA und doziert an der Universität Hamburg am Department Sozialwissenschaften. Er beschäftigt sich unter anderem mit Südasien, Entwicklungsfinanzierung, Verschuldung, Rohstoffe und Nord-Süd-Verhandlungen. Aktuelle Forschungsfelder sind Parteien in Indien, Globalisierung und Entwicklungsländer, Sicherheit in Südasien und Good Governance.

- 2006: Dritte-Welt-Forschung in Deutschland: eine Zwischenbilanz, in: Ulf Engel et al. (Hg.), Navigieren in der Weltgesellschaft, Münster, S. 168-181
- 2005: Privatization in South Asia, in: Ernst Ulrich von Weizsäcker, Oran R. Young, Matthias Finger (Hg.), Limits to Privatization. How to Avoid too Much of a Good Thing, London, S. 222-227
- 2005: Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern, in: Joachim Betz, Wolfgang Hein (Hg.), Neues Jahrbuch Dritte Welt: Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern, Wiesbaden, S. 7-34
- 2004 (Hg. mit Gero Erdmann und Patrick Köllner): Die gesellschaftliche Verankerung politischer Parteien. Formale und informelle Dimensionen im internationalen Vergleich, Wiesbaden

Tobias Debiel

Direktor
Institute for Development and Peace (INEF)
Geibelstr. 41, 47057 Duisburg
tobias.debiel@inef.uni-duisburg.de

Prof. Dr. Tobias Debiel lehrt Internationale Beziehungen und Entwicklungspolitik an der Universität Duisburg-Essen und wissenschaftlicher Geschäftsführer des Instituts für Entwicklung und Frieden (INEF). Seine Arbeitsschwerpunkte sind Staatsversagen und

Weltordnungspolitik; Gewaltstrukturen und Entwicklungschancen im Zeitalter der Globalisierung; UN-Friedensoperationen im Rahmen von Global Governance; Staatsbildung und gewaltsame Konflikte; Strukturelle Stabilität und Menschliche Sicherheit in Subsahara-Afrika; Förderung von Good Governance unter den Bedingungen von Staatsversagen; State-Building in Nachkriegsgesellschaften

- 2006 (mit Sascha Werthes) (Eds.): Human Security on Foreign Policy Agendas. Changes, Concepts and Cases. Duisburg: Institute for Development and Peace (INEF Report 80).
- 2005: Dealing with fragile states: Entry points and approaches for development cooperation. Bonn: Center for Development Research (ZEF Discussion Papers on Development Policy No. 101, December 2005).
- 2005 (with Monika Sticht): Towards a New Profile? Development, Humanitarian and Conflict-Resolution NGOs in the Age of Globalization. Duisburg: Institute for Development and Peace (INEF Report No. 79)
- 2005: What can be done with fragile states? Options for development policy and beyond. Expert Opinion for the Experts Forum "Precarious Statehood and International Order": Berlin: Federal Foreign Office and Bertelsmann Stiftung, available on the internet under: http://inef.uni-due.de/page/documents/Debiel_ExpOp_.pdf
- 2005 (with Stephan Klingebiel, Andreas Mehler & Ulrich Schneckener): Between Ignorance and Intervention. Strategies and Dilemmas of External Actors in Fragile States. Bonn: Development and Peace Foundation (Policy Paper; No. 23)

Ruben Eberlein

Institut für Afrikanistik, Universität Leipzig
Beethovenstraße 15, D-04107 Leipzig
ruben.eberlein@uni-leipzig.de

Ruben Eberlein (MA) arbeitet als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Afrikanistik der Universität Leipzig. Ein Artikel zu Autorität und Souveränität im Nigerdelta wird im Laufe diesen Jahres im Journal of Modern African Studies erscheinen. Ein Text, der sich mit der Geschichte der Demokratischen Republik Kongo (DRC) befasst, wurde im Mai 2006 im Hamburger Monatsmagazin Konkret veröffentlicht.

- in Ersch.: On the Road to the State's Perdition? Authority and Sovereignty in the Niger Delta, Nigeria; Journal of Modern African Studies.
- in Vorb.: 'We Don't Believe in Politics, We Believe in Reality'. Social dominance and its perception among young people in Sierra Leone's Kono District.
- 2004: Oil and Conflict in the Niger Delta (with Anna Zalik) In: Africa Weekly, September 2004, pp. 32-33

Kristina Eichhorst

Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel (ISUK)
Westring 400, 24118 Kiel
keichhorst@isuk.org

Dr. Kristina Eichhorst hat Politikwissenschaft in Kiel und Aix-en-Provence/Frankreich studiert. Ihre Dissertation verfasste sie zum Thema Möglichkeiten und Grenzen institutioneller Konfliktregelungen im Falle von ethnisch-separatistischen Konflikten. Sri Lanka war hierbei nicht nur ein Gegenstand der Untersuchung, sondern auch Ziel eines Forschungsaufenthaltes im Frühjahr 2003. Seit Januar 2006 ist Kristina Eichhorst Geschäftsführerin des Instituts für Sicherheitspolitik an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (ISUK).

- 2006: 'No peace, but war'? Das Scheitern des Friedensprozesses in Sri Lanka, in: Internationale Politik (61) 7. Auf Grund eines fehlerhaften Abdruckes in der Internationalen Politik ist die Originalversion des Artikels auf der ISUK-Homepage (www.isuk.org) abrufbar.
- 2006 (mit Svenja Sinjen): Transformationsprozess im Irak - Option für eine Regierung der nationalen Einheit? In: KAS-Auslandsinformationen (22) 3/
- 2006 (mit Svenja Sinjen): Die irakische Verfassung: ein geeignetes Mittel zur Lösung der ethnischen Konflikte? In: Politische Studien (57) 405 Januar-Februar
- 2005: Ethnisch-separatistische Konflikte in Kanada, Spanien und Sri Lanka. Möglichkeiten und Grenzen institutioneller Konfliktregelungen, Dissertation, Frankfurt a.M. 2005.

Jörn Grävingsholt

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn
Joern.Graevingholt@die-gdi.de

Dr. Jörn Grävingsholt ist seit 2002 wissenschaftlicher Mitarbeiter am (DIE) in Bonn. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Entwicklungszusammenarbeit im Kontext von fragilen Staaten, Krisen und Gewaltkonflikten, Governance und Demokratieförderung in der Entwicklungszusammenarbeit sowie Entwicklungspolitik in Zentralasien.

- 2006: Sovereignty Questioned from Below: The Quest for Regional Autonomy in Post-Soviet Russia, in: Langenohl, A./ K. Westphal (Hg.) Conflicts in a Transnational World: Lessons from Nations and States in Transformation, Frankfurt
- 2004: Krisenpotenziale und Krisenprävention in Zentralasien. Ansatzpunkte für die deutsche Entwicklungszusammenarbeit, Bonn: DIE Berichte und Gutachten (auch in englischer Sprache als DIE Studies 1).
- 2004: Schlechte Regierungsführung, Krisenprävention und das Dilemma der Entwicklungspolitik am Beispiel Zentralasiens, in: Messner, D. / I. Scholz (Hg.), Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Baden-Baden
- 2002 (mit J. Alexander): Evaluating Democratic Progress Inside Russia: The Komi Republic and the Republic of Bashkortostan, in: Democratization, Bd. 9, Nr. 4

Thomas Hildebrandt

Adolf-Kolping-Straße 12, 96050 Bamberg
thomhilde68@hotmail.com

Dr. Thomas Hildebrandt, Koordinator des Graduiertenkollegs "Anthropologische Grundlagen und Entwicklungen im Christentum und Islam" an der Universität Bamberg. Hauptarbeitsgebiet: modernes arabisches und islamisches Denken. Dissertation zur modernen arabischen Rezeption der Mu'tazila. Verschiedene Arbeiten zum modernen Libanon.

- in Vorb.: Between Mu'tazila and Mysticism: How much of a Mu'tazilite is Nasr Hamid Abu Zaid?", erscheint als Teil der Proceedings des Mu'tazila-Workshops Istanbul 2005, hg. von Sabine Schmidtke und David Sklare
- in Vorb. Neo-Mu'tazila? Intention und Kontext im modernen arabischen Umgang mit dem rationalistischen Erbe des Islam, Leiden
- 2005: Libanon 2004. In: Mattes, Hanspeter (Hg.): Nahost-Jahrbuch 2004: Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Nordafrika und dem Nahen und Mittleren Osten. Wiesbaden, S. 119-126
- 2005: Die Ermordung des ehemaligen libanesischen Ministerpräsidenten Rafiq al-Hariri im Februar 2005: Die Folgen für die libanesischen Innenpolitik und die syrisch-libanesischen Beziehungen. DOI-Focus, Nr. 22

- 2006: Nasr Hamid Abu Zaid: Interpretation - Die andere Seite des Textes. In: Amirpur, Katajun/ Ammann, Ludwig (Hg.): Der Islam am Wendepunkt: Liberale und konservative Reformer einer Weltreligion. Freiburg, S. 127-135

Ulrike Joras (Swisspeace)

swisspeace - Schweizerische Friedensstiftung
Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH - 3000 Bern 7
ulrike.joras@swisspeace.ch

Ulrike Joras hat vor wenigen Tagen Ihre Disputation erfolgreich bestanden. Sie hat zur Rolle des Privatwirtschaftlichen Sektors im gewaltsamen Konflikt und Friedensprozess in Guatemala promoviert. Bei Swisspeace ist sie Koordinatorin des Projekts "Business & Peace". Davor war sie Programme Officer beim United Nations Fund for International Partnership in New York.

- in. Vorb.: Privatizing Peace? The Role of the Private Business Sector in Conflict Management. A case study for Guatemala

Daniela Körppen

Berghof Foundation for Peace Support (BFPS)
Altensteinstr. 48A, 14195 Berlin
daniela.koerppen@berghof-peacesupport.org

Daniela Körppen ist seit 2006 wissenschaftliche Mitarbeiterin bei der BFPS. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind systemische Konflikttransformation und hierbei insbesondere die Transformation von Gewaltkonflikten im Gebiet der "Great Lakes". Sie beschäftigt sich außerdem mit Theorien sozialen und politischen Wandels, "Peace and Conflict Impact Assessment" und Gewaltökonomien.

- 2005: Das Konfliktmanagement der Weltbank. Eine Analyse mit dem Ansatz Michel Foucaults. In: Geiger/Kaiser/Krause/ Nitsche (Hg.): Diskurse der Gewalt - Gewalt der Diskurse. Magdeburg
- 2006: Beitrag zu "Widerständen und sozialem Wandel". In: Oliver Wils, Ulrike Hopp, Norbert Ropers, Luxshi Vimalarajah und Wolfram Zunzer: "Systemische Konflikttransformation: Konzept und Anwendungsgebiete", Berghof Foundation for Peace Support. Berlin

Stephan Klingebiel

Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)
Tulpenfeld 4, 53113 Bonn
stephan.klingebiel@die-gdi.de

Dr. Stephan Klingebiel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am DIE, wo er die Abteilung „Governance, Staatlichkeit, Sicherheit“ leitet. In den vergangenen Jahren hat er sich insbesondere mit entwicklungspolitischen Möglichkeiten im Bereich von Krisenprävention und Konfliktmanagement, dem Nexus von Sicherheit und Entwicklung sowie neueren Ansätzen in der Entwicklungszusammenarbeit mit Subsahara-Afrika befasst.

- 2006: New Interfaces between Security and Development: Changing Concepts and Approaches, DIE Studies No. 13, German Development Institute / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn
- 2005 (mit Debiel, Tobias / Andreas Mehler / Ulrich Schneckener): Zwischen Ignorieren und Intervenieren. Strategien und Dilemmata externer Akteure in fragilen Staaten, SEF Policy Paper Nr. 23, Stiftung Entwicklung und Frieden, Bonn

- 2005: Africa's new peace and security architecture. Converging the roles of external actors and African interests, in: African Security Review, 14 (2), 35–44
- 2005: How much Weight for Military Capabilities? Africa's New Peace and Security Architecture and the Role of External Actors, DIE Discussion Paper No. 2, German Development Institute / Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE), Bonn
- 2005: Regional Security in Africa and the Role of External Support, in: The European Journal of Development Research, 17 (3), 437–448,

Peter Kreuzer

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK)
Leimenrode 29, 60322 Frankfurt aM.
kreuzer@hsfk.de

Dr. Peter Kreuzer ist seit 1999 wissenschaftlicher Mitarbeiter der HSKF. Seine Forschungsgebiete sind Region Südostasien, Bearbeitung ethnischer Konflikte, Gewalthaltigkeit und Formen der Gewalt im Austrag politischer Konflikte mit Schwerpunkten auf den Philippinen und Malaysia, Ethnokonflikttheorie mit Schwerpunkt auf kulturellen Perspektiven. Weitere Arbeitsgebiete sind die Politik Ostasiens mit Schwerpunkt China/Taiwan und politische Kulturforschung.

- 2005: Framing Violence: Nation- and State-Building Asian Perspectives, PRIF Reports, No. 72
- 2005: Political Clans and Violence in the Southern Philippines, PRIF Reports, No. 71
- 2005: Aceh: Nach der Flutwelle neue Hoffnung auf den Frieden?, In: Ulrich Ratsch, Reinhard Mutz, Bruno Schoch, Corinna Hauswedell, Christoph Weller (Hg.), Friedensgutachten, Münster, S. 115-124.
- 2005: Politische Clans und Gewalt im Süden der Philippinen, HSKF-Reports, Nr. 1, 2005
2005: Gewalt in der Politik Die Bedeutung kultureller Rahmung von State- und Nation-Building in Malay(sia) und Indonesien

Hanspeter Mattes

GIGA Deutsches Orient Institut
Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg
mattes@giga-hamburg.de

Dr. Hanspeter Mattes ist stellvertretender Direktor des DOI. Seine aktuellen Schwerpunkte liegen u.a. auf Fragen nach externem Demokratisierungsdruck und politische Reformen in Nordafrika, Aspekten illegaler Migration Nordafrika-Europa, der Erdölpolitik Libyens, politische Gewalt in Nordafrika. Zudem war er Leiter des DFG-Sonderforschungsprogramms Menavision 2010 (Entwicklungsdimensionen Nordafrika/ Nah- und Mittelost).

- 2006: Sudan: ein Jahr Comprehensive Peace Agreement. GIGA *Focus* Nahost, Nr. 1, Januar 2006, Hamburg: GIGA
- 2005: Tradition versus Moderne. Die ambivalente Rolle staatlicher Religionspolitik in Nordafrika, Nah- und Mittelost. Eine analytische Annäherung, Hamburg: Edition Wuqûf (Wuqûf-Kurzanalysen Nr. 14-15),
- 2005 (Hg. mit Matthias Basedau und Anika Oettler): Multiple Unsicherheit. Befunde aus Asien, Nahost, Afrika und Lateinamerika. Hamburg
- 2005: "Governing insecurity": Kriminalität und Kriminalitätsbekämpfung in Nordafrika, in: Basedau, Matthias/Mattes, Hanspeter/Oettler, Anika (Hg.): Multiple Unsicherheit. Befunde aus Asien, Nahost, Afrika und Lateinamerika, Hamburg, S. 87-114

Andreas Mehler

GIGA Institut für Afrika-Kunde
 Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg
 mehler@giga-hamburg.de

Dr. Andreas Mehler ist Direktor am Institut für Afrika-Kunde. Er beschäftigt sich mit gewaltsamen Konflikten und Konfliktprävention in Afrika südlich der Sahara. Seit August 2005 leitet er das DSF-Forschungsprojekt „Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften“ (Liberia und Sierra Leone). Schwerpunkte sind u.a. Staatlichkeit, Demokratisierung, deutsche und französische Afrikapolitik sowie das frankophone Zentral- und Westafrika.

- 2005: "Gewaltoligopole" und "Sicherheit als kollektives Gut" - Konzeptionelle Überlegungen (mit Illustrationen aus Westafrika). In: Basedau, Matthias/Mattes, Hanspeter/Oettler, Anika (Hg.): Multiple Unsicherheit. Befunde aus Asien, Nahost, Afrika und Lateinamerika, Hamburg: DÜI, S. 193-208
- 2005: Krisenprävention - Schicksal eines vordergründig erfolgreichen Paradigmas. In: Engel, Ulf/ Jacobeit, Cord/ Mehler, Andreas/ Schubert, Gunter (Hg.): Navigieren in der Weltgesellschaft. Festschrift für Rainer Tetzlaff, Münster, S. 196-210
- 2005 (mit Ulf Engel): "Under construction": Governance in Africa's new violent social spaces. In: Engel, Ulf/Olsen, Gorm Rye (Hg.): The African Exception, Aldershot, S. 87-102
- 2005 (mit Denis Tull): The hidden costs of power-sharing: Reproducing insurgent violence in Africa. In: African Affairs 104(416), S. 375-398
- 2004: Oligopolies of Violence in Africa South of the Sahara. In Nord-Süd aktuell, 18(3), S. 539-548

Klaus Schlichte

Humboldt Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften
 Unter den Linden 6, 10099 Berlin
 kschlichte@yahoo.com

Dr. Klaus Schlichte ist Leiter der Nachwuchsgruppe "Mikropolitik bewaffneter Gruppen" am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin. Seine Forschungsgebiete sind Politische Soziologie der Weltgesellschaft insbesondere Soziologie des Krieges und des Staates. Regionale Schwerpunkte liegen auf dem subsaharischen Afrika, Frankreich, und dem ehem. Jugoslawien.

- 2005 (Hg.): The Dynamics of States. The formation and crisis of state domination, Aldershot: Ashgate, 2005
- 2005: Der Staat in der Weltgesellschaft. Politische Herrschaft in Afrika, Asien und Lateinamerika, Frankfurt a.M
- 2005: Was kommt nach dem Staatszerfall? Gewaltordnungen in Uganda nach 1986, in: Afrika-Spektrum
- 2005: Gibt es wirklich Staatszerfall? Anmerkungen zu einer ausufernden Debatte, in: Berliner Debatte – Initial 16(4), S. 74-84

Ulrich Schneckener

Stiftung Wissenschaft und Politik
 Forschungsgruppe „Globale Fragen“
 Ludwigkirchplatz 3-4, 10719 Berlin
 ulrich.schneckener@swp-berlin.org

Dr. Ulrich Schneckener ist wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der SWP in der Forschungsgruppe „Globale Fragen“. Er beschäftigt sich u.a. mit nicht-staatlichen Akteure in der Weltpolitik, internationalem Konflikt- und Krisenmanagement; Problemen fragiler

Staatlichkeit und des Staatszerfalls. Er leitet mit Christoph Zürcher das Teilprojekt „Transnationale Kooperationspartnerschaften und die Gewährleistung von Sicherheit in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ des SFB 700 und ist Koordinator der SWP-Arbeitsgruppe "States at Risk".

- 2006: Transnationaler Terrorismus. Frankfurt
- 2004 (Hg. mit Wolf, Stefan): Managing and Settling Ethnic Conflicts. Perspectives on Success and Failure in Europe, Asia and Africa. London/New York,
- 2004: Fragile Staaten als Problem der internationalen Politik. In: Nord-Süd Aktuell 18(3), 510-524.
- 2003 (mit Senghaas, Dieter): In Quest of Peaceful Coexistence—Strategies in Regulating Ethnic Conflicts. In: Daftary, Farimah/Troebst, Stefan (Hg.): Radical Ethnic Movements in Contemporary Europe. New York NY/Oxford, 165-200.
- 2002: Making Power-Sharing Work: Successes and Failures in Ethnic Conflict Regulation. In: Journal of Peace Research, 38(3), 203-228.

Judy Smith-Höhn

GIGA Institut für Afrika-Kunde
Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg
smith@giga-hamburg.de

Judy Smith-Höhn (MA) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am IAK. Ihre Forschungsschwerpunkte liegen auf Liberia, Sierra Leone, Nigeria, gewaltsamen Konflikte, Konfliktursachen und Krisenprävention. Zudem ist sie in dem DSF-Forschungsprojekt DSF-Forschungsprojekt „Legitime Gewaltoligopole in Postkonfliktgesellschaften“ (Liberia und Sierra Leone) tätig.

- 2006 (mit Andreas Mehler): Liberia: Ellen in Wonderland?, GIGA *Focus* Afrika, Nr. 5, Hamburg
- (i.E.) (mit Matthias Basedau und Andreas Mehler): Caught between International, State and Non-state Actors: Public Perceptions of Security in Post-conflict Urban Liberia. In: Journal of Peacebuilding and Development, 3(2)
- (i.E.) (mit Andreas Mehler): Das Zusammenspiel internationaler, staatlicher und nicht-staatlicher Gewaltakteure in Liberia und Sierra Leone: Rollen und Perzeptionen, in: Tobias Debiel / Ulrich Schneckener / James Putzel: Why States Do Not Fail. Looking at Crisis States from a Different Angle. Bonn
- (i.E.): Transforming Liberia and Sierra Leone: A Paradox of External Intervention. In: Friedrich-Ebert Stiftung publication

Ulf Terlinden (ZEF)

Center for Development Research (ZEF)
Walter-Flex-Straße 3, 53113 Bonn
contact@ulf-terlinden.de

Ulf Terlinden ist Doktorand am ZEF (Universität Bonn) in der Forschungsgruppe „Governance and Conflict“. Er ist auf die Horn von Afrika-Region (Schwerpunkt Somalia & Somaliland, Äthiopien, Kenia) spezialisiert. Derzeit ist er in Somaliland im Rahmen eines von der Deutschen Stiftung Friedensforschung (DSF) finanzierten Forschungsvorhabens tätig unter dem Projekttitel „Staatsverfall als friedens- und entwicklungspolitische Herausforderung: Wie können Gewaltstrukturen transformiert und Governance-Ansätze gestärkt werden? Eine konzeptionelle Untersuchung mit empirisch-analytischer Anwendung auf Somalia und Afghanistan“.

- 2006: FAST Update Somalia. Semi-Annual Risk Assessment. July 2005 to January 2006. Berne,

14.02.2006.

http://www.swisspeace.org/uploads/FAST/updates/Somalia_FAST%20Update%202_2005.pdf

- 2005 (mit Tobias Hag, amm): Faking a Government for Somalia. International diplomacy supports fictitious peace process. Editorial & Commentary, Sub-Saharan Informer (Addis Ababa), Friday, 29 July 2005, p.9. Also published in the Somaliland Times (Hargeisa), on Somalilandcenter, Insidesomaliland, Awdalnews.
http://www.ulf-terlinden.de/docs/2005-07-29Terlinden_Hagmann_SSI.pdf
- 2005 (mit Tobias Debiel): Promoting Good Governance in Post-Conflict Societies. Discussion Paper, German Technical Cooperation (GTZ), Eschborn
http://www2.gtz.de/governance/download/GG_post_conflict.pdf
- 2004 (mit Tobias Debiel): Deceptive Hope for Peace? The Horn of Africa Between Crisis Diplomacy and Obstacles to Development. In: Peace, Conflict & Development: An Interdisciplinary Journal. Issue 4, April 2004, Bradford
<http://www.peacestudiesjournal.org.uk/docs/DeceptiveHope.PDF>

Andreas Ufen

GIGA Institut für Asienkunde (IFA)
Rothenbaumchaussee 32, 20148 Hamburg
ufen@giga-hamburg.de

Dr. Andreas Ufen ist wissenschaftlicher Referent am IFA und Dozent an der Universität Hamburg. Er beschäftigt sich mit politischen Entwicklungen in Indonesien, Ost-Timor, Malaysia und den Philippinen. Ferner sind zu nennen: Transitionsprozesse, Islam und Politik, Parteienforschung und prekäre Staatlichkeit.

- 2006 (in Vorb.) (mit Marco Buente): Indonesia after Suharto - A Hybrid Regime
- 2006: Indonesia and Malaysia, in: Sigrid Faath (Hg.): Anti-Americanism in North Africa and the Middle East. London: Hurst, S. 209-218
- 2005 (Hg. mit Dirk Nabers): Regionale Integration - Neue Dynamiken in Afrika, Asien und Lateinamerika. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut
- 2005: Staatsschwäche als Erbe der Diktatur: Die Auflösung des militärisch dominierten Gewaltoligopols in Indonesien, in: Basedau, Matthias/Mattes, Hanspeter/Oettler, Anika (Hg.): Multiple Unsicherheit. Befunde aus Asien, Nahost, Afrika und Lateinamerika. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut, S. 59-85

Boris Wilke

Stiftung Wissenschaft und Politik
Ludwigkirchplatz 3-4, 10719 Berlin
boris.wilke@swp-berlin.org

Boris Wilke ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Globale Fragen der SWP und Mitglied des SFB 700 der FU Berlin (Teilprojekt C1 „Transnationalen Kooperationspartnerschaften und der Gewährleistung von Sicherheit in Räumen begrenzter Staatlichkeit“). Außerdem fungiert er als Sprecher der Ad-Hoc-Gruppe „Ordnungen der Gewalt“ der DVPW. Seine Forschungsfelder sind Gewaltkonflikte in der Dritten Welt, Wandel von Staatlichkeit, Internationalisierung von Herrschaft.

- Fragile Staaten. Beobachtungen der Dynamik politischer Herrschaft in Staaten Südasiens, in: Reader Sicherheitspolitik, A III.1, 07/2006, S. 233-240.
- Die religiösen Kräfte in Pakistan. Dynamik von Politik und Religion in der Weltgesellschaft, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP-Studie S 10, April 2006), 33 S.
- Boundaries of State and Military in Pakistan, in: Klaus Schlichte (Hg.), The Dynamics of States. The Formation and Crisis of State Domination, Aldershot 2005, S. 183-210.

- Pakistan, in: Marie-Carin von Gumpfenberg/ Udo Steinbach (Hg.): Zentralasien. Geschichte, Politik, Wirtschaft. Ein Lexikon, München 2005, S. 220-224.
- Afghanistan und der "Broader Middle East", in Ehrhard, Hans-Georg / Johanssen, Margret (Hg.), Herausforderung Mittelost: Übernimmt sich der Westen? Baden-Baden 2005, S. 180-194.

Herbert Wulf

Katerkamp 12, 25421 Pinneberg
wulf.herbert@T-Online.de

Prof. Dr. Herbert Wulf war Direktor des Bonn International Center for Conversion (BICC) und hat u. a. am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik (IFSH) sowie am Stockholm International Peace Research (SIPRI) geforscht. Gegenwärtig ist er Berater des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) in Pjöngjang zu Rüstungskontrollfragen in Nordkorea. Herbert Wulf forscht zurzeit über Privatisierung bei den Streitkräften, Peacekeeping und die Fortentwicklung des Gewaltmonopols.

- Wulf, Herbert, Internationalisierung und Privatisierung von Krieg und Frieden. Nomos, Baden-Baden, 2005.
- Wulf, Herbert, Internationalizing and Privatizing War and Peace. Palgrave Macmillan, Basingstoke, 2005.
- Wulf, Herbert, Good Governance Beyond Borders: Creating a Multi-level Public Monopoly of Legitimate Force, in: Geneva Centre for the Control of the Armed Forces, Occasional Paper 10, April 2006
http://www.dcaf.ch/_docs/op10_good_governance_beyond_borders.pdf

Gäste

Michael Brzoska

Wissenschaftlicher Direktor
Internationales Institut für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Falkenstein 1
22587 Hamburg

Bettina Doerr

Projektmanagerin Kompetenzcenter
Demokratieförderung, Dezentralisierung,
Friedensentwicklung
KfW Bankengruppe
L2a Subsahara-Afrika
Palmengartenstraße 5-9
60325 Frankfurt am Main

Bernd Gruschinski

Bundesministerium für wirtschaftliche
Zusammenarbeit und Entwicklung Referat
Division 210: Außen- und Sicherheitspolitik,
Krisenprävention
10963 Berlin

Thomas Held

Geschäftsführer
Deutsche Stiftung Friedensforschung
Am Lederhof 3-5
49074 Osnabrück

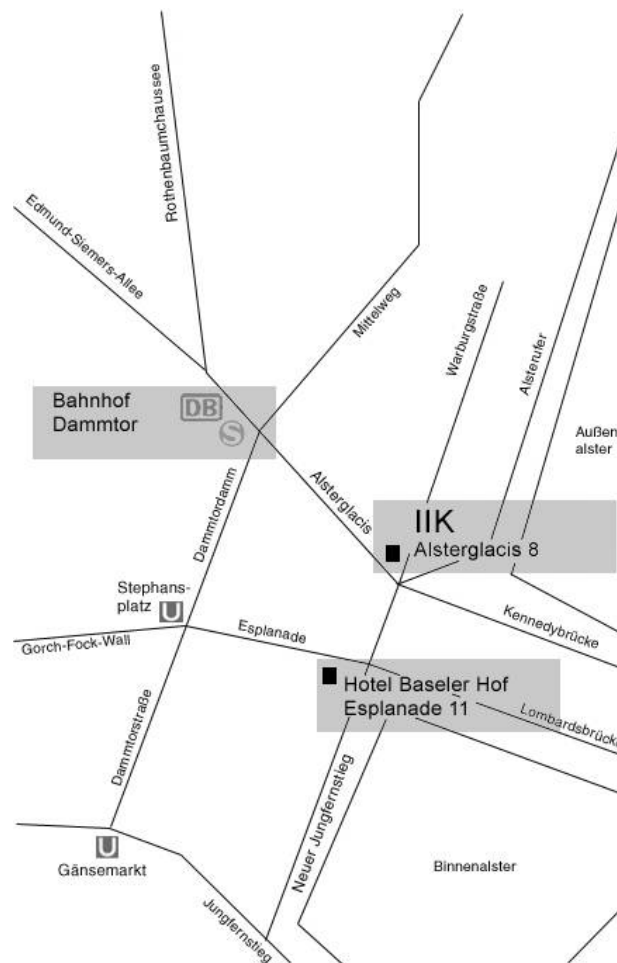
Winrich Kühne

Direktor, Geschäftsführung
Zentrum Internationale Friedenseinsätze
Ludwigkirchplatz 3-4
10719 Berlin

Joshua Schmierer

Planungsstab
Auswärtiges Amt
Werderscher Markt 1
10117 Berlin

Lageplan



Der Workshop findet am Institut für Iberoamerika-Kunde (IIK) statt. Das IIK befindet sich ca. 500m vom Bahnhof Dammtor entfernt und ist bequem zu Fuß erreichbar.

Wir sind bemüht, Sie bei Bedarf im Hotel Baseler Hof unterzubringen. Falls Sie Reservierungswünsche haben, melden Sie sich bitte bei

Steffen Stübig
s.stuebig@freenet.de
0178-329 63 83

oder direkt bei dem Hotel:

Hotel Baseler Hof
Esplanade 11
Tel: 040 – 359060
<http://www.baselerhof.de/>

